

Die Fragen stellte Dr. Stefan Schmalz, Arbeitssoziologe an der Friedrich Schiller-Universität Jena.

Stefan Schmalz:

Frau Bundeskanzlerin, die Bundesregierung möchte im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft den Dialog mit der Zivilgesellschaft suchen. Wer sind die Gesprächspartner, und was sind die Ziele dieses Dialogs?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ziel ist erst einmal, dass wir die Themen, die wir bei G7 auf die Tagesordnung setzen, breiter diskutieren als nur unter Politikern. Das heißt, es soll auch ein gesellschaftlicher Prozess sein, und da sind uns natürlich Vertreter aus der Gesellschaft willkommen. So werde ich die Nichtregierungsorganisationen treffen; das sind Umwelt- und Verbraucherorganisationen. Ich werde junge Menschen treffen. Ich werde den Dialog mit den Gewerkschaften suchen. Ich werde den Dialog mit der Wirtschaft suchen. Ich werde mich auch – allerdings nach dem G7-Treffen in Elmau – noch einmal mit Frauenvertreterinnen treffen. Und es wird auch noch vor dem G7-Treffen einen Dialog mit Wissenschaftsvertretern von den jeweiligen Akademien der Wissenschaften aus den Ländern geben.

Einen wichtigen Stellenwert in diesen Gesprächen wird die Initiative „Standards in Lieferketten“ einnehmen. Was sind die Ziele dieser Initiative?

Ja, wir haben uns angeschaut, dass es doch gerade bei dem Handel, den wir führen, große Lieferketten gibt. Das heißt, bevor ein Produkt in Deutschland – zum Beispiel aus dem Textilbereich – ankommt, ist es oft in Entwicklungsländern hergestellt. Wir erinnern uns an die schrecklichen Arbeitsunfälle in Bangladesch. Und wir wollen sicherstellen, besser sicherstellen, dass Arbeitsschutzstandards und auch Umweltstandards eingehalten werden bei der Produktion von Waren, die wir dann hier in Deutschland oder in anderen Industrienationen verwenden. Und hierzu muss man jeden Schritt, den das Produkt geht, betrachten. Wir haben hier Unterstützung von der Internationalen Arbeitsorganisation, aber auch von der Weltbank und auch von der Weltgesundheitsorganisation. Hier wollen wir miteinander schauen: Was können wir tun? Und hier haben die Ministerin Nahles als Sozialministerin und Entwicklungsminister Müller in der Regierung die Initiative ergriffen, dazu auch eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt. Ich glaube, das Bewusstsein ist dadurch schon gestärkt. Wir wollen auch durch Labels darauf hinweisen: Wer hält sich an solche Standards? Aber es ist auch ein sehr mühseliger Weg. Arbeitsschutzmaßnahmen einzuhalten, würde auf der Welt mehr Wachstum erzeugen, das darf man nie vergessen, und würde vielen Menschen helfen.

Frau Bundeskanzlerin, die Maßnahmen sind überwiegend auf freiwilliger Basis geplant. Frühere Beispiele wie das „Bündnis für nachhaltige Textilien“ zeigen jedoch, dass Freiwilligkeit oftmals nicht ausreicht, um die Einhaltung von Sozialstandards auch in den niedrigeren Gliedern von

Lieferketten zu sichern. Wird sich die Bundesregierung auch für verbindliche gesetzliche Regeln einsetzen?

Es geht ja hier oft um Gesetzgebung in Ländern, die nicht Deutschland, nicht die Vereinigten Staaten von Amerika, also kein G7-Land sind. Deshalb haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht, dass man Standards durch die internationalen Organisationen setzt – zum Beispiel die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation – und dann schon dazu aufruft, dass diese Standards auch von den Ländern eingehalten werden. Das ist keine Sicherheit, der Weg ist da steinig, aber man kann darüber einiges erreichen. Leider haben wir manchmal auch den Effekt, dass erst etwas erreicht wird, wenn etwas Schreckliches passiert ist; wir haben heute durchaus Verbesserungen in Bangladesch in der Textilindustrie, aber dazu musste es erst mal schreckliche Unfälle geben. Diesen Weg dürfen wir natürlich nicht gehen. Und deshalb soll G7 Druck machen, dass internationale Standards der internationalen Organisationen auch eingehalten werden.

Frau Bundeskanzlerin, viele Handelsabkommen der EU sehen weitgehende Liberalisierungen vor. Durch das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP würden etwa die Möglichkeiten der Kommunen eingengt, bei der Auftragsvergabe Einfluss auf Arbeitsstandards zu nehmen. Liegt hier nicht ein Widerspruch zu den Zielen der Initiative „Standards in Lieferketten“?

Wenn es so wäre, wäre es ja auch falsch. Wir haben gesagt: Wir wollen die Standards, die wir heute haben, und das bedeutet, dass Kommunen bei Ausschreibungen Sozialstandards und auch ökologische Standards mit berücksichtigen können, die sollen nicht aufgeweicht werden durch ein Freihandelsabkommen. Viele Freihandelsabkommen befassen sich ja vor allen Dingen mit sogenannten tarifären Hemmnissen, also Zollschranken. Hier, bei den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, wollen wir darüber hinausgehen, weil wir glauben, damit auch etwas für hohe Standards in Europa weltweit tun zu können. Aber wir werden natürlich darauf achten, dass europäische Normen, wie sie heute bestehen, durch dieses Freihandelsabkommen nicht in Frage gestellt werden. Und so sieht auch das Mandat aus, das die Europäische Kommission von den Mitgliedstaaten erhalten hat und über das sie uns ja auch beständig berichtet.